



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 172. Ratssitzung vom 13. Dezember 2025

5592. 2025/149

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 09.04.2025:

Durchsetzung der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechts gegen linksextreme Gewalt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4517/2025): Wieso schaffen Sie es nicht, so tolerant zu sein, auch andere Meinungen zu akzeptieren, die gewaltfrei an einer bewilligten Demonstration oder Musikveranstaltung kundgetan werden? Wieso denken Sie, dass Ihre Weltsicht besser ist? Sie können den «Marsch fürs Läbe» kritisieren, doch es ist nicht Ihr Recht, bewilligte Demonstrationen mit Gewalt zu stören. Das zeigt, was man von ihrem Toleranzbegriff halten muss. In Bezug auf den «Marsch fürs Läbe» gab es einen Gewaltaufruf gegen Abtreibungskritiker. Dürfen diese sich nicht für ihre Meinung einsetzen? Wir sind noch immer eine Demokratie. Solange sich jemand im Rahmen des Rechtsstaats äussert, muss die freie Meinung mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt und STR Karin Rykart regelmässig vor ihrer linksradikalen Klientel einbrechen und Veranstaltungen darum abgesagt oder Demonstrationen umgeleitet werden. Wenn die öffentliche Sicherheit wegen linksradikaler Gewalt nicht mehr sichergestellt werden kann, muss ein Polizeigrossaufgebot aufgefahren und den Besuchern der gewaltfreie Zugang zur Veranstaltung ermöglicht werden. Schafft es der Staat nicht mehr, den Rechtsstaat und die Grundrechte gegen die Antifa durchzusetzen? Es ist bedenklich, was damit für Zeichen gesendet werden. Anscheinend gelten nicht für alle die gleichen Rechte, wenn Linksradikale schalten und walten können, wie sie wollen. In Deutschland wird das Demonstrationsrecht gegen links und rechts mit grösster Härte staatlich durchgesetzt. Bei der Gründung der Jugend der Alternative für Deutschland (AfD) konnten die Besucher sicher zur Veranstaltung gelangen. Dass er Grundrechte durchsetzt, erwarte ich von einem Staat.

Urs Riklin (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 14. Mai 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Wegen der hohen Geschäftslast sagte Samuel Balsiger (SVP) am 20. Oktober 2025 in der Geschäftsleitung, dass es besser wäre, wenn der Gemeinderat keine Vorstösse mehr überweisen würde. Dieser Forderung bieten wir gern Hand und verzichten auf die Überweisung des Postulats. Ich empfehle allen, sich von der



Rednerliste zu streichen und die Debatte bald zu beenden, da sie gar oft geführt wurde.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Stählin (GLP): *Mit dem Titel des Postulats sind wir nicht einverstanden. Jedoch sind wir der Meinung, dass alle Menschen ihre Meinungen – seien sie auch noch so absurd – äussern dürfen, solange sie nicht geltendes Recht brechen. Es ist ironisch, dass im Postulat nur Beispiele erwähnt wurden, in denen Frauen fundamentale Rechte abgesprochen werden sollen. Meinungsäusserungen dürfen nicht durch Gewalt unterdrückt werden. Daher sind wir für die Überweisung des Postulats, damit der Stadtrat überprüfen kann, ob etwas verbessert werden kann. Man darf jede Meinung äussern, aber nicht den Anspruch haben, dass sie gehört oder ohne Gegenrede hingenommen wird.*

Anjushka Früh (SP): *Samuel Balsiger (SVP), wenn die Frauen, die am «Marsch fürs Läbe» teilnehmen, keine Abtreibung vornehmen möchten, steht ihnen das frei. Wenn ich eine möchte, steht es mir ebenso frei, selbst zu entscheiden. Das muss eine Gesellschaft nicht allgemein regeln. Die betroffenen Personen sollen das für sich entscheiden können.*

Attila Kipfer (SVP): *Eine Demokratie hat verschiedene Kernelemente: Freie Meinungsäusserung, faire Wahlen, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, das Mehrparteiensystem, Grund- und Menschenrechte. Wie bereits im Postulat erwähnt, ist die Meinungsfreiheit nicht mehr überall gegeben. Sobald man eine Meinung vertritt, die nicht zum linken Mainstream gehört, wird versucht, Gewalt gegenüber den Andersdenkenden einzusetzen. Paradox ist immer wieder, dass die Demonstranten, die Opfer der Gewalt sind und polizeilich geschützt werden müssen, als Rassisten oder Rechtsextreme bezeichnet werden. Dabei sind es die anderen, die in diesem Moment Gewalt einsetzen und andere Meinungen unterdrücken. Die Demokratie hat ihre Schwächen, bspw. dass nicht die fähigsten Politiker, sondern in der Regel schwache Leute mit dem grössten Aufmerksamkeitsdefizit regieren. Trotzdem ist sie die einzige und beste Regierungsform. Etwas anderes funktioniert nicht. Links sympathisiert immer wieder mit dem Sozialismus, doch das führt zwangsweise zu Unterdrückung, Freiheitsentzug, Fortschrittsrückgang, sozialer Ungerechtigkeit, Armut und einer kleinen politischen Elite, die auf Kosten der Allgemeinheit lebt. Gemeinsam müssen wir unsere Demokratie schützen. Alle sollen in der Stadt Zürich demonstrieren dürfen. Es darf keine Meinungszensur geben.*

Serap Kahriman (GLP): *Samuel Balsiger (SVP) schaffte es, Demokratie, Rechtsstaat und die AfD im gleichen Satz zu nennen. Das ist höchst bedenklich, zeigt aber, wo er politisch steht. Der deutsche Verfassungsschutz hat die AfD als rechtsextrem beurteilt.*

Moritz Bögli (AL): *Zensur bemerkt man immer nur bei anderen. Die SVP fand als erste, dass die Palästina-Demonstrationen verboten gehörten. Sie haben auch Probleme damit, dass Menschen ihre Grundrechte ausüben. Der Stadt zu sagen, dass sie sich an Grundrechte halten soll, können wir uns sparen. Diesen Grundauftrag hat der Stadtrat immer.*



Michele Romagnolo (SVP): Unbewilligte Demonstrationen, bei denen Wände, Schau-fenster oder Leute beschädigt werden, tolerieren wir nicht. In unserer Stadt muss das Recht auf friedliche Versammlung gelten. Gewalt und Zerstörung haben keinen Platz. Auf Bundesebene garantiert Artikel 22 der Bundesverfassung das Recht auf Versamm-lungsfreiheit. Das schützt friedliche Demonstrationen, aber verlangt auch, dass die öf-fentliche Ordnung gewahrt bleibt. Auf Kantonsebene verpflichten die Polizeigesetze, dass die Polizei die öffentliche Sicherheit schützt. Bei Straftaten muss sofort verhältnis-mässig eingegriffen werden. Auch STR Karin Rykart trägt Verantwortung und muss si-cherstellen, dass die städtischen Organe ihre Aufgaben erfüllen. Verzögerungen wegen eskalierender Demonstrationen sind nicht akzeptabel. Der Schutz von Leuten und Eigen-tum hat oberste Priorität, unabhängig von politischen Richtungen. Jede Sachbeschädi-gung soll konsequent verfolgt werden, damit unsere Stadt lebenswert und sicher bleibt.

Sandra Gallizzi (EVP): Selbstverständlich wollen wir das Recht auf Versammlungsfrei-heit, das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit gewähren. Diese Rechte sollen unabhängig von politischen Meinungen durchgesetzt und die Sicherheit gewährleistet werden. Das steht ausser Frage. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt das Postulat.

Andreas Egli (FDP): Wir stimmen hier nicht über die Zustimmung oder Ablehnung zum «Marsch fürs Läbe» ab, sondern darüber, ob wir den Willen haben, das Demonstrations-recht und die Meinungsfreiheit aller politischen Gruppierungen zu gewährleisten. Dass dieses Recht momentan vor allem von linken Gruppierungen in der Stadt oft handgreif-lich angegangen wird und dies eine fragwürdige Entwicklung ist, kann nicht bestritten werden. Es ist ein Armutszeugnis, dass die linken Parteien den Auftrag nicht übermitteln wollen und nicht bereit sind, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Der Stadtrat wurde mit dem «Marsch fürs Läbe» klüger und ich sehe mein Vertrauen in die Umsetzung der Meinungsfreiheit bei ihm höher als beim Gemeinderat. Dem Postulat stimmen wir zu.

Sophie Blaser (AL): Grundrechte sind für alle da. Gerade darum ist das Postulat so ab-surd. Es gibt keine «insbesondere» Grundrechte. Ja, es gibt ein Grundrecht auf De-monstrationsfreiheit und ein Demonstrationsrecht. Der «Marsch fürs Läbe» wird massiv polizeilich geschützt. Jedoch besteht auch ein Recht der Zivilbevölkerung, das nicht in Ordnung zu finden und gegen die Beschneidung der Frauenrechte und Selbstbestim-mung des Körpers zu demonstrieren. Das ist ebenfalls ein Grundrecht, ob es Ihnen passt oder nicht. Aus meiner Sicht ist es richtig, dass der «Marsch fürs Läbe» eine Bewilligung hat und geschützt wird, doch es besteht kein Recht, dass ihm nicht widersprochen wird. Das gilt auch für linke Demonstrationen. Das Postulat lehnen wir ab.

Samuel Balsiger (SVP): Es geht nicht darum, ob der «Marsch fürs Läbe» eine Gegen-demonstration erfährt, sondern ob von linker Seite mit Gewalt versucht wird, den Marsch zu verhindern. Die Polizei wird bspw. oft mit Gegenständen beworfen oder Fahrzeuge werden beschädigt. Wieso folgt keine Kritik? Sie stellen es als Gegendemonstration dar. Das ist Gewalt mit der Intention, politisch Andersdenkenden ihre Grundrechte wegzuneh-men. Ein Spruch definiert die westlichen Gesellschaften im Kern: «Ich mag zwar anderer Meinung sein wie du, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass du diese Meinung



sagen darfst». Das unterscheidet uns von autoritären Staaten. Den Vorstoss nicht zu überweisen, weil es keine Einschränkung des Grundrechts gebe, ist absurd. Menschen können ihre Meinung nicht mehr kundtun, weil STR Karin Rykart ihre Sicherheit nicht gewährleisten kann. Dass Sie unterschiedliche Meinungen nicht akzeptieren, hat System.

Derek Richter (SVP): Wir können lange über Meinungsfreiheit diskutieren. Anhand der Debatte müssen wir feststellen, dass wir sie offensichtlich bereits verloren haben. Es wurde gesagt, der «Marsch fürs Läbe» könne unter der Meinungsfreiheit stattfinden, doch Gegendemonstrationen skandierten den Marsch mit «My body, my choice» herunter. Als es um die Coronaimpfung ging, gab es aber keine «choice». Sie kritisieren zu Recht, dass die Junge Tat eine Dragshow störte. Ich erwarte von ihnen die gleiche Verurteilung von ähnlichen Taten von linker Seite. Ihre Doppelzüngigkeit ist beelendend.

Stephan Iten (SVP): Das Votum von Urs Riklin (Grüne) war eines der undemokratischsten, das wir je hörten. Aus Ratseffizienzgründen sollen wir nicht drüber sprechen und man solle sich von der Liste nehmen. In welcher Demokratie ist Gewalt ein demokratisches Mittel? Wenn es für euch eines ist, habt ihr in dieser Stadt nichts verloren.

Persönliche Erklärung:

Nicolas Cavalli (GLP) hält eine persönliche Erklärung zur Änderung des Stimmverhaltens der GLP hin zur Stimmfreigabe.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Ich äussere mich zu vielem, aber nicht zu Schwangerschaftsabbrüchen. Ich bin nicht nur Mediziner, sondern auch Mann, darum betrifft es mich nicht persönlich. Frauen haben das Recht, dieses Thema für sich zu beschliessen. Das gehört nicht in den Rat und dürfte nicht in dieser Ausführlichkeit besprochen werden. Worüber wir hier verhandeln, ist das Demonstrationsrecht. Die SVP ist erzürnt, dass der «Marsch fürs Läbe» nicht die Route erhielt, die er wollte. Das passiert mir ständig. Das zeigt, dass Sie noch nie eine Demonstration organisiert haben. Für die Pride oder am 1. Mai werden sie auch zu irgendeiner Route verpflichtet; man kann nicht einfach durch, wo man möchte. Selbstverständlich herrscht in unserem Land Meinungsfreiheit, doch sie findet dort ihre Grenzen, wo die Rechte anderer beschnitten werden. Laut Artikel 261 des Strafgesetzbuches ist nicht jede Demonstration demonstrationswürdig. Das prüft die Polizei und führt eine Güterabwägung durch. Der «Marsch fürs Läbe» fand unter Polizeischutz statt, genauso wie linke Demonstrationen. Sie nehmen an, dass die SP, Grünen und AL in eine Zentrale telefonieren können und sich die Massen dann anders verhielten. Die Leute organisieren sich selbst und fragen nicht bei Parteien nach, ob sie sich treffen sollen. So funktioniert Politik nicht. Samuel Balsiger (SVP) fordert Kritik. Er selbst äussere sich gegen Personen seiner Klientel, wenn sie sich schlecht verhielten. Aus persönlicher Erfahrung kann ich das Gegenteil bestätigen. Das Postulat lehnen wir ab.

Das Postulat wird mit 44 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat